

BREMER AKTION

Zeitung der FAU-IAA Bremen

Nr.6 - September 2002

In dieser Ausgabe:

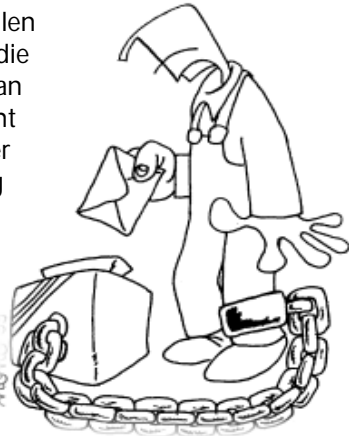
- Boykottiert die Bundestagswahlen
- Internationale Solidaritätskonferenz
- HafendarbeiterInnen
- u.v.a.



Unsere Wahl – der Klassenkampf ! Am 22. September die Bundestagswahlen boykottieren

Die Lokalföderation Bremen der FAU-IAA ruft zum aktiven Boykott der Bundestagswahlen am 22. September auf. Denn die Bundestagswahlen entscheiden nur darüber, ob die alten oder ob neue Herren an den Futtertrögen von Macht und Ausbeutung über unser Leben bestimmen. Der Weg ist der Klassenkampf und die Selbstorganisation für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben.

SPD und Grüne führen offenen Krieg, unterstützt von CDU/CSU und FDP. Die Rüstungs- und Kriegsindustrie macht dadurch Profite wie seit Jahren nicht mehr. Mit der „Ökosteuer“ betreibt Rot-Grün eine gigantische Umverteilung von unten nach oben auf Kosten der arbeitenden



Klasse. Die „Partei der Besserverdiener“, die FDP will eine antisemitische Wählerklientel ansprechen und die letzten Reste der sozialen Sicherungssysteme zerschlagen bei gleichzeitigem Abgabenerlass für Unternehmen. Die Stasi-Partei PDS unterstützt die Zwangsarbeits-Programme für Erwerbslose in den Ländern, in denen sie mitregiert und möchte das linke Feigenblatt des Kapitalismus markieren. Der vermeintliche Kampf zwischen den kleineren

Übeln ist keiner. Und Schröder und Stoiber sind nur die beiden Seiten der gleichen Medaille. Und diese heißt: Kapitalismus, Un-

Fortsetzung auf Seite 2

Blockwartpolitik gegen Arme

In Bremerhaven fordert der dortige SPD – Sozialdezernent Töpfer seit dem 16. Juli öffentlich zur Denunziation von Menschen auf, die im Verdacht stehen, Sozialleistungen zu „missbrauchen“. Zu diesem Zweck wurde eigens eine Telefonhotline eingerichtet, wo Leute nach Lust und Laune ihre Nachbarn verpfeifen dürfen – auch anonym.

Damit topt der Sozialdemokrat Töpfer sogar seinen Bremer Kollegen von der CDU, der die gleiche Idee für Bremen hatte – allerdings ohne anonymen Anrufen nachzugehen, um „kein Denunziantentum zu fördern“, wie er in einem Interview der TAZ – Bremen sagte.

Internationale Solidaritätskonferenz 2002 in Essen



Vom 29. August bis zum 1. September fand in Essen die Internationale Solidaritätskonferenz statt. Über 160 TeilnehmerInnen aus einer Vielzahl von Ländern diskutierten über Lebens- und Arbeitsbedingungen und soziale Kämpfe und besprachen konkrete Schritte internationaler Zusammenarbeit zwischen syndikalistischen, anarcho-syndikalistischen und unionistischen Gewerkschaften und Gruppen.

Coca-Cola - Erfrischend tödlich. Gewerkschaftsverfolgung in Kolumbien.

Im Rahmen einer bundesweiten Rundreise informiert Edgar Paez von der kolumbianischen Nahrungsmittelgewerkschaft SINALTRAINAL über die Verfolgung und Ermordung kolumbianischer Gewerkschafter und den sozialen Kampf.

23. September 2002
Bremen
VA-Saal im Überseemuseum
(Bahnhofplatz 13),
Beginn 20.00 Uhr.

HafenarbeiterInnen: Ver.di gegen „gelbe Gefahr“

Als zum 14.Juni der europaweite Aktionstag gegen die EU – Richtlinie ‚Port Package‘ stattfand, beteiligten sich auch in Bremerhaven 800 HafenarbeiterInnen mit der Gewerkschaft Ver.di an einer sogenannten spontanen Kundgebung, die im Ver.di Report Schifffahrt auch als politischer Streik abgefeiert wurde. Als in Hamburg Gewerkschafts-prominente und Betriebsratsvorsitzende ihre Reden schwangen, durften auch der in diesen Kreisen übliche Rassismus und soziale Ausgrenzung nicht fehlen, als zum Beispiel die ‚Gelbe Gefahr‘ in form von „mächtigen Kapitaleignern aus Hong Kong und Singapur“ und „asiatischen Sozialstandards“ beschworen und die Verteidigung „europäischer (deutscher) Arbeit“ und die „Vertreibung von Tagelöhnern aus dem Hafen“ gefordert wurden.

Und am Ende konnte man es als Teilerfolg feiern, dass der Ver.di – Vorsitzende Bsirske dem Bundesverkehrsminister gut zuredete und der EU – Ministerrat das ‚Port Package‘ „entschärft“ habe

- Keine Prekarisierung der Arbeit! Leistet Widerstand!
- Rassismus bekämpfen!
- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit – Hier und Überall!

Werner Brauener verlegt!

Der bislang in Verden inhaftierte Erwerbslose Werner Bräuner ist in das Gefängnis in Meppen verlegt worden.

Werner wurde im August 2001 zu 12 Jahren Haft wegen Totschlags des Verdener Arbeitsamtsdirektors Klaus Herzberg verurteilt. Ein Revisionsverfahren wurde abgelehnt.

Wer dem in der Erwerbslosenbewegung aktiven Werner schreiben mag, kann dies unter folgender **neuer** Anschrift tun:

Werner Brauener
JVA Meppen
Grünfeldstr. 1
D-49716 Meppen

Weitere Informationen und Texte von Werner finden sich unter <http://werner.brauener.freeservers.com> sowie auf der Homepage der Lokalföderation Bremen

• Fortsetzung von Titelseite - Wahlboykott
• terdrückung von Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft, Rassismus, Umweltzerstörung und ArbeiterInnenfeindlichkeit.

• Seit Jahren werden die sozialen Sicherungssysteme beschnitten, abgebaut und Menschen aus der arbeitenden Klasse in die Armut gedrängt, in bürokratischen Verwaltungsapparaten wie Arbeits- und Sozialämtern erniedrigt, Leistungskürzungen ausgesetzt und zu Zwangsarbeiten getrieben. Die Arbeitszeiten werden für Arbeiterinnen und Arbeiter länger. Überstunden sind in vielen Branchen und Betrieben die Regel, während offiziell über 4 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter erwerbslos sind. 2, 3 oder noch mehr Jobs im Niedriglohnbereich werden zunehmend die Regel. Die Sklavenhändler der Neuzeit, die Zeitarbeitsfirmen boomen und der Staat macht mit bei der Privatisierung. So werden „private Arbeitsvermittler“ der Arbeitsämter seit dem 1. April von Arbeitssuchenden mit bis zu mehreren tausend Euro für eine vermittelnde Stelle bezahlt. Profit aus der Armut schlagen ist Gesetz. Und die Hartz-Kommission der Bundesregierung hat ein weiteres Horrorpaket gegen Erwerbslose geschnürt. So enthält das Papier unter anderem die Forderung nach kompletter Streichung der Leistung bei Nichtannahme bei bundesweit vermittelten Jobs. Sie bekämpfen die Erwerbslosen und nicht die Erwerbslosigkeit. Der Mensch wird nur als Wirtschaftsfaktor betrachtet. CDU/CSU und SPD erklären sich in ihren Wahlprogrammen für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und für eine private Altersvorsorge. Jeder und jede soll selber sehn wo sie bleiben, wenn sie alt sind und keine Leistung mehr für den Kapitalismus bringen können.

• Auf der anderen Seite wurde den Damen und Herren der grossen Konzerne vor Jahren bereits die Vermögenssteuer erlassen. Ihre Milliarden-Gewinne fließen ohne Abgaben in ihre Taschen. Börsianer und Grossaktionäre profitieren direkt von Massenentlassungen und dadurch steigenden Profiten. Die bürgerliche Medienlandschaft und die Regierung sind die Sprachrohre der Wirtschafts- und Kapitalistenverbände, die immer unerschämter den Abbau der durch soziale Kämpfe erfochtenen und ohnehin nur minimalen Rechte für ArbeiterInnen und Erwerbslose fordern. Es sei nur an die Verlängerung betrieblicher Probezeiten, die Verkürzung und gesamte Aufhebung von Kündigungsfristen und die Forderung nach allgemeiner Zwangsarbeit bei Er-

werbslosigkeit erinnert.

Die DGB-Gewerkschaften tragen diese Entwicklung in weiten Teilen mit. Sie beteiligen sich aktiv an der Hartz-Kommission und betrachten ihre Organisationen nur als Instrument der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

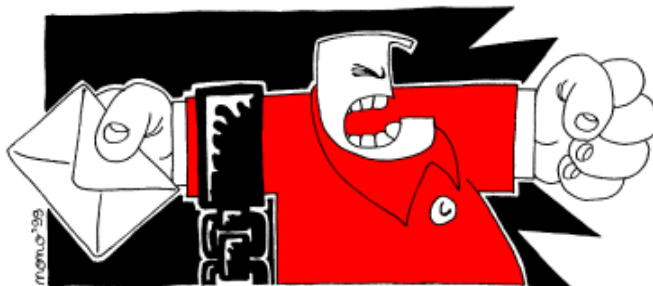
Die Parteien sind die Wegbereiter dieser Entwicklungen. Sie ermöglichen den rechtlichen und politischen Spielraum für das Kapital. Sie sind für ArbeiterInnen und Erwerbslose nicht wählbar. Sie sind unsere Feinde! Und Feinde wählt man nicht – man bekämpft sie!

Wir überbewerten die Wahlen nicht. Denn wir wissen, das nicht die Wahlen das Mittel der Gesellschaftsveränderung sind. Der Klassenkampf, der Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit ist der Weg – die Selbstorganisation in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft ist das Mittel. An uns ArbeiterInnen, ob schwarz oder weiss, ob erwerbslos oder lohnabhängig, Mann oder Frau liegt es, die Unerträglichkeit des kapitalistischen, rassistischen und frauenfeindlichen Alltags zu beenden. Unsere Waffen sind stärker als jeder Stimmzettel. Dieses sind die Waffen der direkten Aktion, die Waffen unserer Klasse: Die Solidarität, der Streik, der Boykott.....

Wir brauchen keine andere Regierung wir brauchen eine andere Gesellschaft

Probleme wie Sozialabbau, Erwerbslosigkeit und Armut können nur in einer Gesellschaft entstehen, die auf Ausbeutung, Herrschaft, Stellvertreterpolitik und Hierarchie basiert. Die parlamentarische Demokratie ist Bevormundung. In dieser Form der Demokratie entscheiden wenige Menschen über den Weg den die Gesellschaft einschlägt. Parlamentarier und Politiker bestimmen über unser Leben, unseren Alltag. Wahlen geben ihnen dieses Mandat in die Hand. Sie sind Stellvertreter, die sich anmaßen zu wissen was für uns gut und schlecht ist. Doch das wissen wir selber am besten. Wir brauchen sie nicht. Wir brauchen keine Bosse die uns vorschreiben, was und wie wir zu arbeiten und zu Leben haben.

Wir haben unsere Wahl getroffen: Wir revolutionären SyndikalistInnen und Anarcho-



Fortsetzung von Seite 2 - Wahlboykott

SyndikalistInnen arbeiten am Aufbau einer neuen ArbeiterInnenbewegung. Wir arbeiten an der Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen durch Klassensolidarität, direkte Aktionen, Bildung und Bewusstsein. Wir kämpfen für eine menschenwürdige, herrschaftslose, durch die revolutionären Gewerkschaften selbstverwaltete und bedürfnisorientierte Wirtschaft und für eine durch die Menschen selbstverwaltete freie Gesellschaft – überall auf der Welt.

Boykottiert die Wahlen !
Werdet Aktiv !
Stimmt Ungültig!
Macht das ganz große Kreuz!



Ein Schritt nach vorn:

Int. Solidaritätskonferenz in Essen

Die Internationale Solidaritätskonferenz syndikalistischer, anarcho-syndikalistischer und unionistischer ArbeiterInnen war ein Schritt nach vorne. Die über 160 TeilnehmerInnen sprachen in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen über Arbeits- und Lebensbedingungen in ihren jeweiligen Ländern und informierten über Arbeits- und andere soziale Kämpfe. Grosse Arbeitsgruppen fanden zu den Themen „Geschlecht trifft Klasse – Frauen in syndikalistischen Organisationen“, zur „Kooperation mit Gruppen in Osteuropa“ und zu „Strategien“ statt. In mehreren „industry workshops“ wurden Branchenspezifische Themen behandelt; so bei den BauarbeiterInnen, den TransportarbeiterInnen, den BildungsarbeiterInnen und den ArbeiterInnen in der IT-Industrie. Weitere Arbeitsgruppen fanden zur Situation der ArbeiterInnen in den EU-Beitrittsländern, zur Intervention in Call Centern, zum Kampf der Sans Papiers, zu Organisation und Kampf der ArbeiterInnen bei Mc Donalds und zum Thema Nationalismus statt. In der Arbeitsgruppe „Internationale Solidarität und das Sprachproblem“ wurde über Möglichkeiten der besseren sprachlichen Verständigung diskutiert, wobei Englisch als Arbeitssprache empfohlen wird, ebenso wie das Erlernen von Esperanto.

Genossen aus Japan informierten über den seit 14 Jahren andauernden Kampf der Kokuro-ArbeiterInnen und riefen zur Unterstützung der KollegInnen auf. 1990 wurde die japanische Eisenbahn privatisiert und entließ von 200 000 Beschäftigten 180 000 ! GenossInnen aus Brighton informierten über die „Simon Jones–Campagne“ von GelegenheitsarbeiterInnen. Simon Jones starb bei einem Arbeitsunfall, da die Sicherheitsbestimmungen durch das Unternehmen nicht eingehalten wurden, zugunsten des schnellen Profits auf Kosten des Lebens der ArbeiterInnen ! In der französischen CNT und der spanischen CGT gibt es Diskussionen über eine europäische Kampagne gegen diese Form kapitalistischen Terrors gegen Arbeiterinnen und Arbeiter. Aus Polen informierte die „ArbeiterInnen-Initiative der Anarchistischen Föderation“ über ihre Arbeit und schlug ein konkretes Projekt zur Information und Unterstützung polnischer und ukrainischer SaisonarbeiterInnen in Deutschland vor. Anarcho-Syndikalistische Gruppen und Gewerkschaften aus dem ehem. Jugoslawien beabsichtigen eine anarcho-syndikalistische Balkanföderation zu gründen. Und es gibt noch viel viel mehr über diese Konferenz und die TeilnehmerInnen zu berichten. Ausführliche Informationen werden nach und nach auf der bundesweiten Homepage der FAU veröffentlicht. Im Herbst wird der Reader mit den Arbeitsergebnissen und Berichten zur Konferenz erscheinen. Neben der intensiven Arbeit in den Arbeitsgruppen kam natürlich auch das Feiern und Singen nicht zu kurz. Freitag Abend spielten aus Solidarität mit dem i2002 die Bands „Schnitter“, „Rantanplan“ und „Cumbawamba“. Spätestens in 3 Jahren soll eine weitere Konferenz der internationalen Solidarität veranstaltet werden. **The workers united will never be defeated !**

Was ist Port Package:

Das Port Package ist eine neue EU – Richtlinie, die hauptsächlich in zwei Punkten bedeutend in die Arbeitsbedingungen von HafenarbeiterInnen und Seeleuten eingreift. Zum einen soll die Praxis, die seit der Zeit großen Segelschiffe als abgeschafft gilt, dass nämlich die Seeleute ihre Schiffe selbst be- und entladen, wieder legalisiert werden.

Das bedeutet für die oft ohnehin schon überarbeiteten Schiffsbesatzungen und vernichtet andererseits Arbeitsplätze im Hafen. Zum anderen sollen die Konzessionen für Hafenbetriebe auf fünf bis zehn Jahre befristet werden. Das kann für die ArbeiterInnen in diesen Betrieben bedeuten, dass sie alle paar Jahre einen neuen Arbeitgeber vorgesetzt bekommen, der weder Arbeitsverträge und Tarife, noch die alte Belegschaft übernehmen muss.

Die Folge sind paradiesische Zustände für Lohnkürzungen und Massenentlassungen in den Seehäfen.



Internet-Adressen

Ausführliche Informationen zum i2002 finden sich unter:
www.fau.org/i2002

Zum Kampf der Kokuro-ArbeiterInnen in Japan:
www.jca.apc.org/apwsljp/japan/no38.pdf

Zur Simon Jones Campagne
www.simonjones.org.uk

zur ArbeiterInneninitiative der polnischen Anarchistischen Föderation:
www.okpinfo.prv.pl

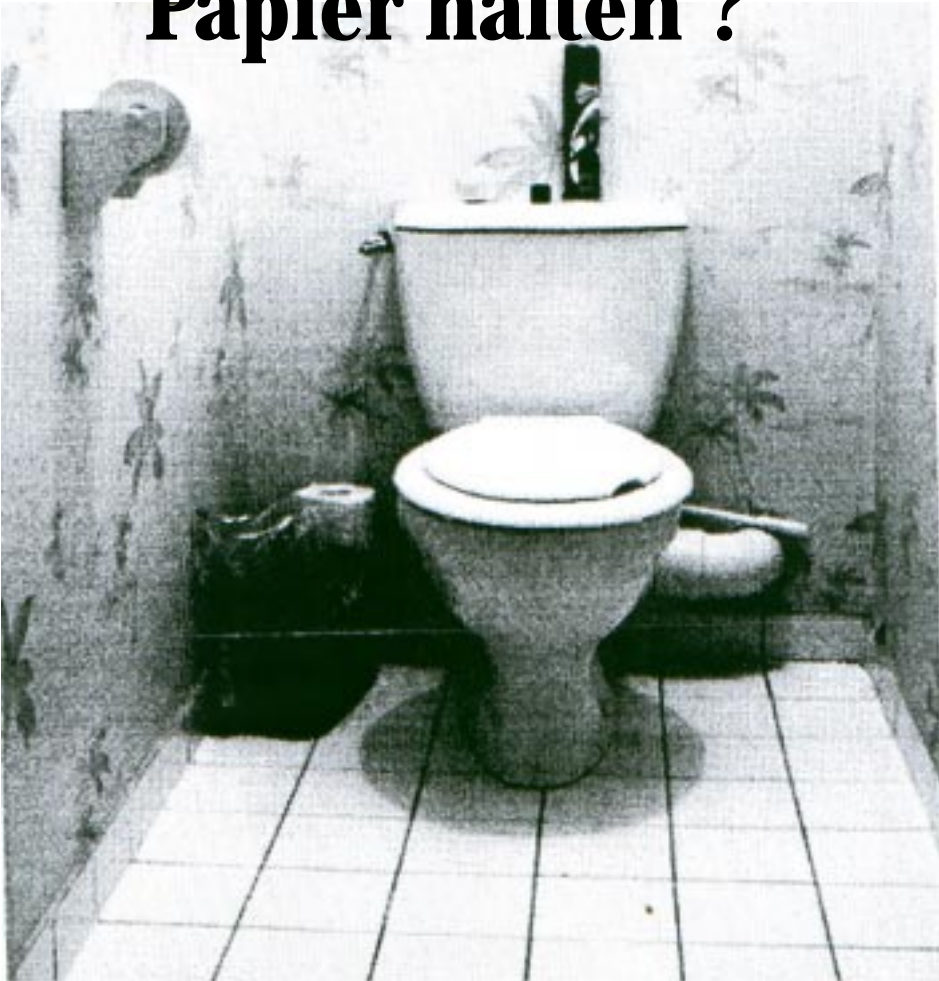
zur Initiative für ein Anarcho-Syndikat in Serbien:
www.inicijativa.org

FAU in Oldenburg ?

Da es in Oldenburg und Umgebung eine ganze Reihe DA- AbonnentInnen und an der FAU interessierte Menschen gibt, möchten wir im Herbst alle an einer FAU in Oldenburg interessierte herzlich zu einem Treffen einladen zur möglichen Gründung einer FAU-Gewerkschaft in Oldenburg.

Bitte wendet euch bei Interesse an einem solchen Treffen an die FAU in Bremen: Postfach 105674, 28056, fauhb@fau.org, www.fau-bremen.de.vu

Was wir vom Hartz-Papier halten ?



Reinschmeißen! Spülen! Putzen!

BREMER AKTION

Zeitung der FAU-IAA
Lokalföderation Bremen

Redaktionsanschrift:
FAU-IAA Lokalföderation Bremen
Postfach 10 56 74, D-28056 Bremen
e-mail: fauhb@fau.org
ViSdP: M. Hilse
Auflage: 1000 Ex.
Abos können gegen Zusendung
der Portokosten eingerichtet
werden

Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union - Lokalföderation Bremen

Kontakt:
FAU-IAA Lokalföderation Bremen
Postfach 10 56 74
D-28056 Bremen
eMail: fauhb@fau.org

Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen
c/o FAU-IAA Lokalföderation Bremen
eMail: sle-hb@fau.org



www.fau-bremen.de.vu

Freie ArbeiterInnen Union (FAU)

angeschlossen an die Internationale ArbeiterInnen Assoziation (IAA)

Die FAU-IAA ist eine basisdemokratische Gewerkschaftsinitiative, in der wir uns organisiert haben, weil wir von den sozialpartnerschaftlichen, schein-demokratischen Funktionsapparaten der herrschenden Gewerkschaften die Nase gestrichen voll haben. Wir pfeifen auf Sozialpartnerschaft und „Standortlogik“, die nur dazu führen dass die Reichen immer reicher werden, während immer mehr Menschen verarmen. Wir ArbeiterInnen sind es, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren den Staat und Bosse und rauben. Ohne sie, in einer freien, selbstverwalteten Gesellschaft, in der alle mitentscheiden können, würde es uns besser gehen. Das nennen wir Anarchosyndikalismus. Und da wollen wir hin. Die Grundlage für Selbstverwaltung ist Verantwortung, gegenseitige Hilfe, Solidarität und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ohne Hierarchien und Privilegien aufgrund von Geschlecht und Geburtsort. Auf dieser Basis versuchen wir uns schon heute zu organisieren. Bei uns entscheiden die Vollversammlungen. FunktionärInnen haben und wollen wir nicht.



Direkte Aktion -
anarchosyndikalistische Zeitung:
Kostenloses Probeheft bestellen:
Direkte Aktion, Mühlgasse 13, 60486
Frankfurt/Main e-mail: da@fau.org